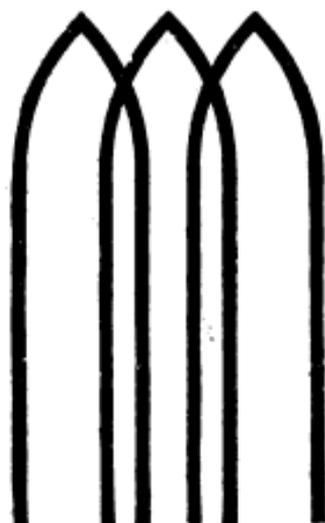


UNSER BUND

ALTERENBLATT DES BUNDES DEUTSCHER JUGENDVEREINE



19. JAHR

AUGUST 1930 ERNTING

NR. 8



Unser Bund

herausgegeben vom Bund Deutscher Jugendvereine e. V.
Bundesleiter: Prof. D. Dr. Wilhelm Stählin, Münster i. W., Paul-
straße 15 (Fernruf 26397).

Bundeskanzlei und Bundesgeschäftsstelle: Göttingen, Weender Land-
straße 8¹ (Postfach 204), Fernruf Göttingen 2851.

Bundeswart August de Haas, Bundesgeschäftsführer: Georg Brust,
Göttingen, Postfach 204.

Postcheckkonto des Bundes: Berlin Nr. 22226.

Schriftleitung:

Jörg Erb, Hauptlehrer, Gersbach, Amt Schopfheim (Baden).

Bestellung:

Bei der Post oder bei der Kanzlei des BDJ., Göttingen, Postfach 204.

Preis: Vierteljährlich 1.50 RMk.

Bezahlung:

Bei der Post oder beim Bund Deutscher Jugendvereine, Göttingen,
Postcheckkonto: Berlin Nr. 22226.

Inhalt dieses Heftes:

Erwerbslosigkeit und Wohlfahrtspflege / Arbeitslosigkeit und Woh-
nungsnot / Junge Generation und ihre Führungsaufgabe / Aus-
sprach: Reichstagswahl. Verantwortung. Sachlichkeit. Bindung /
Umschau / Die Blockflöte / Buch und Bild / Die Ecke / Anzeigen.

Anschreiben der Mitarbeiter:

Reg.-Rat Dr. Marx, Hamburg 39, Heilholtkamp 19 / DVS. Darm-
stadt / Jörg Erb, Gersbach, Amt Schopfheim / Heinrich Arneht,
Zimmern bei Dappenheim, Mittelfr. / Gustav Rauterberg, Wohlau
in Schlesien.

Erwerbslosigkeit und Wohlfahrtspflege.

Angeichts der wachsenden Zahl erwerbsloser Bundesgeschwister sahen wir uns veranlaßt, uns am Alterentag in Hamburg mit einem sozialpolitischen Thema zu beschäftigen. Herr Reg.-Rat Dr. Marx hielt uns ein Referat über Umfang und Ausweitungen der Arbeitslosigkeit im Reich und die Maßnahmen der Arbeitsfürsorge besonders in Hamburg. Wenn nun versucht wird, den uns wichtig gewordenen Vortrag berichtswise wiederzugeben, so ist die Fülle der Einzelfragen, die in der Aussprache angeschnitten wurden, dabei unberücksichtigt geblieben. Dagegen besteht ja die Möglichkeit einer Aussprache in diesen Blättern.

Das bedrückende Gesamtbild, das heute die innenpolitische Lage Deutschlands bietet, wird wesentlich bestimmt durch die katastrophale Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Zwar sind auch andere Länder keineswegs von der Arbeitslosigkeit verschont geblieben; aber der Grad der Erwerbslosigkeit hat seit dem Jahre 1929 in Deutschland eine unvorhersehbare Steigerung erfahren, während die Erwerbslosenziffern im Ausland im großen und ganzen ziemlich konstant geblieben sind.

So schwer es ist, wirksame Maßregeln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erdenken und durchzuführen, so wenig sind uns

die Ursachen der Arbeitslosigkeit

verborgen. Unter diesen Ursachen müssen an erster Stelle diejenigen erwähnt werden, die sich überwiegend als Folgen des Weltkrieges darstellen. Da dieser Krieg wegen seiner Dauer notwendigerweise nicht nur ein Kampf militärischer Einheiten gegeneinander bleiben konnte, sondern in seinem Verlauf stärker und stärker die gesamte wirtschaftliche Gütererzeugung in seinen Dienst stellte, haben hochentwickelte Industrien ihr ursprüngliches wirtschaftliches Ziel beiseite lassen und sich in die Kriegsführung eingliedern müssen. Nach dem Friedensschluß wiederholte sich dieser Vorgang mit entgegengesetzter Zielrichtung: die Industrien wandten sich ihrer einstigen Erzeugungsaufgabe wieder zu. In einem so fein gegliederten und empfindlichen Triebwerk, wie es schon die Vorkriegswirtschaft war, ließen sich selbstverständlich solche durchgreifenden Umordnungen nicht ohne schwere Erschütterungen durchführen, zumal es dabei durchaus an einer wirklich sinnvollen und in der Natur der Dinge begründeten Entwicklung fehlte. Dies chaotische Durcheinander, in das der Krieg die Wirtschaft gestürzt hatte, wirkte sich naturgemäß auch auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes erheblich aus. Außerdem sind durch die große kriegerische Auseinandersetzung auf europäischem Boden unabsehbare wirtschaftliche Werte planmäßig, aber zwecklos vernichtet worden; diese Werte sind zum großen Teil unwiederbringlich verloren, so daß eine Verminderung des Volksvermögens eingetreten ist. Verminderung des Volksvermögens bedeutet regelmäßig auch Kapitalmangel. Der Kapitalmangel erschwerte es der Wirtschaft, die Gütererzeugung so weiter fortzuführen, wie das an sich nach dem Stande der Vorkriegsjahre denkbar gewesen wäre. Ohne Kapital und ohne die

BRUNNEN
0103-10
80

Sicherung einer gewissen natürlichen Kapitalbildung ist es unmöglich, eine daniederliegende Wirtschaft wieder anzukurbeln. Der Einsatz der Männer im Heeresdienst hatte überdies in großem Umfang die Einordnung von Frauen in den wirtschaftlichen Herstellungsvorgang erforderlich gemacht. Mit dem Zurückströmen der Kriegsteilnehmer mußte es zwangsläufig zu einer uferlosen Überschwemmung des Arbeitsmarktes kommen.

Aber neben den unmittelbaren oder mittelbaren Kriegsfolgen muß noch auf eine weitere Ursache der Arbeitslosigkeit hingewiesen werden, die von kaum zu überschätzender Tragweite ist: die Rationalisierung. Die Rationalisierung tritt uns in verschiedenen Formen entgegen. Einmal zeigt sie sich in dem Vordringen maschineller Betriebsweise, die bei dem Hochstande unsere Technik die menschliche Arbeitskraft in ständig zunehmendem Maße freisetzt. Wenn man bedenkt, daß es Maschinen gibt, die in einer Minute 40000 Glühbirnen oder die (in der Zigarettenindustrie) in einer Stunde 72000 Zigaretten herstellen, so läßt sich an diesen beiden Beispielen bereits ermessen, wie eng Rationalisierung und Arbeitslosigkeit miteinander verknüpft sind. Zu dem Überhandnehmen der Maschine tritt das Bestreben, in den herstellenden Betrieben alles abzustößen, was nicht völlig lebensfähig und lebenskräftig ist. Ein solcher Vereinigungsvorgang trägt im rein ökonomischen Sinne regelmäßig zur Gesundung bei; doch handelt es sich um eine Kur, die den Wirtschaftskörper hart angreift. Voraussetzung für den Vereinigungsvorgang ist, daß die Vielheit der Einzelbetriebe unter einem einheitlichen Willen zusammengefaßt wird. Die Zusammenfassung vollzieht sich auf dem Wege der senkrechten oder der wagerechten Zusammenfassung; der gesamte Bearbeitungsvorgang vom Rohstoff bis zur Fertigung wird in einem einzigen Riesenbetrieb zusammengedrängt, oder Unternehmungen der gleichen Branchen werden zu einer umfassenden Organisation vereinigt. Aber die Ausmerzung unrentabler Einzelbetriebe führt meist zu einer Verengung des Arbeitsmarktes, so daß einer technisch hochentwickelten Industrie eine unabsehbare Masse von Erwerbslosen gegenübersteht. Endlich erweist sich der Geist der Rationalisierung in der heute vorherrschenden Serienherstellung, wo infolge genauester Arbeitsteilung der einzelne Arbeitnehmer nur mehr mit einer winzigen und unbedeutenden Handreichung betraut wird, ohne daß er gelernter Arbeiter im eigentlichen Sinne zu sein braucht. Dadurch wird es der Industrie möglich, die Arbeiterzahl in Zeiten der Konjunktur von heute auf morgen ohne Schwierigkeit zu vervielfachen, während bei Eintritt rückläufiger Bewegung am Markt diese Arbeitnehmer unverzüglich gekündigt werden können; es besteht keine Notwendigkeit mehr, auch über Zwischenräume krisenhafter Marktgestaltung hinaus einen Stamm von Arbeitern in Erwartung einer günstigeren Wirtschaftslage im Betriebe zu erhalten, weil der für die Handreichung befähigte Arbeitnehmer aus dem überwältigenden Angebot von Arbeitskräften jederzeit reibungslos entnommen und in das Werk eingestellt werden kann. Wahrscheinlich erklärt sich daraus, daß die Beschäftigungskurve in Deutschland gegenüber den Vorkriegsjahren gewissermaßen wild hin und her zuckt, je nach der Marktlage im einzelnen. Die Rationalisierung ist unter bestimmten

Voraussetzungen also in eigentümlicher Weise der Feind des Arbeitnehmers und ein wesentlicher Umstand in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Damit wird in immer erheblicherem Umfang technischer Fortschritt und Ausgliederung menschlicher Arbeitskraft miteinander verbunden, solange nicht der technische Fortschritt von einer Ausweitung der Absatzmöglichkeit für die Gütererzeugung begleitet ist. Und gerade daran fehlt es für die deutschen Industrien, die nach dem Kriege auf den Weltmärkten überall mit jungen ausländischen Industrien zusammengestoßen sind. So ist es erklärlich, wenn es beispielsweise in Sachsen verhältnismäßig kleine Bezirke gibt, in denen infolge der Rationalisierung 12000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Letztlich veranlaßt die anstufende Not immer mehr Menschen, als Arbeitnehmer ihr Brot zu suchen; so sind in den letzten vier Jahren bald drei Millionen Menschen als Arbeitnehmer in den Kampf um die Arbeit neu eingetreten.

Maßregeln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Kein Staat, der sich als Gemeinschaft aller Volksgenossen fühlt, kann sich mit dieser Entwicklung abfinden, ohne wirksame Abhilfe mit allen Kräften anzustreben. Die Mitverantwortlichkeit des Staates für den einzelnen Volksgenossen ist gerade in Deutschland von jeher als eine der Grundlagen des öffentlichen Lebens lebhaft empfunden worden. Auf diesem Leitgedanken beruht die deutsche Sozialversicherung, die mittlerweile von vielen anderen Staaten übernommen worden ist. Wenn der Staat von der Notwendigkeit durchdrungen war, Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergreifen zu müssen, so boten sich für ihn in Deutschland zwei Wege. Auf der einen Seite mußte der Versuch unternommen werden, durch planvolle Ausgleichung von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage Erwerbslose in Arbeit zu vermitteln; auf der anderen Seite erschien es unabweisbar, den einzelnen Arbeitslosen durch Sicherung eines äußersten Existenzminimums vor der völligen Verelendung zu bewahren, also eine Erwerbslosenfürsorge durchzuführen. Diese beiden Aufgaben sind in Deutschland denn auch früh als dringlich erkannt worden. Ursprünglich entstand sowohl die öffentliche Arbeitsvermittlung wie auch die Erwerbslosenfürsorge innerhalb der deutschen Gemeinden. Bei diesem Zustand lag der Vorteil darin, daß die mit der Arbeitsvermittlung betrauten Gemeindeorgane sämtlich einer einheitlichen Leitung unterstanden und auf solche Weise ein gutes Hand-in-Hand-arbeiten zwischen Fürsorge und Arbeitsvermittlung gesichert war. Diesem Vorteil stand ein Nachteil gegenüber, indem eine großzügige Arbeitsvermittlung, die sich nicht bloß auf die Erfüllung örtlicher Aufgaben beschränkte, infolge allzu enger Zuständigkeitsgrenzen nur schwer in die Wege geleitet werden konnte. Je mehr das Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als ein allgemeines nationales Problem aufgefaßt wurde, desto stärker wurde der Wunsch, die Lösung der großen Aufgabe einer umfassenden Organisation zu übertragen, die unschwer über kleinliche Hemmnisse und örtliche Sonderwünsche hinwegzuschreiten in der Lage

war. Gleichzeitig erschien es erstrebenswert und richtig, aus der Erwerbslosenfürsorge einen neuen Zweig der deutschen Sozialversicherung zu machen. Jahrelang hat man in den zuständigen Reichsministerien Erwägungen dieser Art angestellt und Entwürfe zu einem Gesetz ausgearbeitet, das die Arbeitsvermittlung vereinheitlichen und die Arbeitslosenversicherung einführen sollte.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

das als Ergebnis dieser Erwägungen unter dem 16. Juli 1927 nach ungewöhnlich kurzer Beratung vom Parlament verabschiedet wurde, erschien trotzdem nicht durch die Dauer der Vorarbeiten zum Guten beeinflusst zu sein: bereits am 12. Oktober 1929 mußte es in entscheidender Weise umgestaltet werden. Das Gesetz von 1927 übertrug die Arbeitsvermittlung wie auch die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit einer besonderen Reichsanstalt, deren Organe die Landesarbeitsämter und die Arbeitsämter sind. In den Organen ist der Grundsatz der Selbstverwaltung der Wirtschaft verwirklicht: sie sind kollegial gegliedert; die Kollegien setzen sich zusammen aus Vertretern der Arbeitnehmer, aus Vertretern der Arbeitgeber und aus Vertretern der beteiligten Gemeinden. Im Falle der Arbeitslosigkeit ist der Arbeitnehmer nach dem Gesetz zum Bezuge von Versicherungsleistungen berechtigt, sofern er durch eine versicherungspflichtige Beschäftigung von bestimmter Dauer die Anwartschaft auf die Versicherungsleistung, nämlich die Arbeitslosenunterstützung, erworben hat und den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung außerdem noch nicht durch eine im Gesetz festgelegte Bezugsdauer erschöpft hat. Die Mittel der Reichsanstalt werden durch Beiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber je zur Hälfte aufgebracht. In Zeiten andauernd besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage muß außerdem der Reichsarbeitsminister die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung als Krisenunterstützung zugunsten solcher Arbeitsloser zulassen, die entweder die Anwartschaftszeit noch nicht erfüllt oder den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschöpft haben und deshalb aus der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert worden sind. Von dem notwendigen Aufwand, der durch die Krisenunterstützung entsteht, trägt vier Fünftel das Reich, während das restliche Fünftel aus den Haushaltsplänen der beteiligten Gemeinden aufgebracht wird. Unter besonderen Voraussetzungen kann außerdem das Reich an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Darlehen gewähren.

Das Katastrophenjahr 1929, in dem zum ersten Mal nach einem besonders langanhaltenden und strengen Winter die erhoffte Auflockerung des Arbeitsmarktes während der Sommermonate ausblieb und dadurch der Jahresdurchschnitt der Arbeitslosenzahl für Deutschland eine schwindelnde Höhe erreichte, brachte notwendigerweise die junge Reichsanstalt in schwerste finanzielle Bedrängnis. Wenn auch die Arbeitslosigkeit sich als versicherbar erwiesen hat, soweit sie im normalen Verlauf der Dinge eintritt und als normale Arbeitslosigkeit einer rechnerischen Kalkulation unterzogen werden kann, so reicht doch keine auf Beitragsleistung aufgebaute Versicherung aus,

um Dauerkrisen gewachsen zu sein. Schon am 6. Mai 1929 sah sich die Reichsregierung der bitteren Notwendigkeit gegenüber, eine durchgreifende Reform des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zwecks Erzielung finanzieller Ersparnisse durchzuführen. Die Not war so groß, daß nicht einmal abgewartet werden konnte, inwieweit gewissen Mißständen und Mißbräuchen auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung im Wege von Verwaltungsvorschriften entgegenzutreten war. Nach harten Kämpfen zwischen den großen Parteien erging im Herbst 1929 die bereits erwähnte Gesetzesnovelle, durch die die Anwartschaftszeit erheblich verlängert wurde, gewisse Gruppen vom Bezuge der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen wurden und eine einschränkende Umschreibung des Begriffes der Arbeitslosigkeit in dem Gesetz vorgenommen wurde. Mit dieser „Verslechterung“ des Gesetzes ging der Abbau der Krisenfürsorge Hand in Hand. Oberste Parole für die Reichsanstalt wurde jetzt das harte Wort: sparen, während auf der anderen Seite die Beiträge erhöht wurden. Die Notwendigkeit, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang bringen zu müssen, wurde durch das Gesetz vom 28. April 1930 noch unterstrichen. Das Sparsamkeitsstreben löste jedoch nicht in vollem Umfang die erwünschten Wirkungen aus. Von einer Sanierung der Reichsanstalt kann selbst heute noch nicht die Rede sein. Auf der anderen Seite mußte die Reichsanstalt, wenn sie sich dem Zwange sparsamster Wirtschaftsführung völlig fügen wollte, in die Gefahr geraten, einen Teil ihrer eigentlichen Aufgaben aus den Augen zu verlieren. Hier zeigte sich, daß die Verkopplung von Sozialversicherungsträger und Arbeitsvermittlungs-Instanz auch verhängnisvoll wirken konnte. Während das Gesetz eine Arbeitsvermittlung auch unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse des Arbeitssuchenden und der Dauer der Arbeitslosigkeit des Bewerbers gebietet, während nach diesen Bestimmungen gerade der langfristig Erwerbslose am ehesten Anspruch auf Arbeitsbeschaffung hat, begannen Arbeitsämter diejenigen Arbeitslosen zu bevorzugen, die ihren Anspruch auf Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung noch nicht erschöpft hatten, weil man sich dadurch lästige Gläubiger von der Tasche halten konnte. Inzwischen wuchs die Zahl der Arbeitslosen, die noch nicht oder nicht mehr Versicherungsleistungen zu beziehen berechtigt waren und die, um nicht dem völligen Elend zu verfallen, um Wohlfahrtsunterstützung nachsuchen mußten; diese von der kommunalen

Wohlfahrtspflege

nach dem Recht der öffentlichen Fürsorge unterstützten Arbeitslosen pflegt man als Wohlfahrtserwerbslose zu bezeichnen. In Hamburg¹⁹⁾ als das Dreifache angestiegen, während die vom Arbeitsamt unterstützten Arbeitslosen längst nicht in dem gleichen Maße zugenommen haben; Anfang Mai 1930 gab es in Hamburg etwa 12000 Wohlfahrtserwerbslose. Die finanzielle Entlastung der Reichsanstalt führte also lediglich zu einer Lastenverteilung an die Wohlfahrtspflege der Gemeinden.

Es wäre falsch gewesen, wenn die Wohlfahrtspflege der Gemeinden ihre Aufgabe gegenüber diesen sowohl arbeitsfähigen wie auch arbeitswilligen Erwerbslosen darin erblickt hätte, an die Erwerbslosen nur Geldbeträge als Unterstützung aus auszahlen. Viel wichtiger erwies sich die Arbeitsbeschaffung, um den verheerenden Schäden einer langfristigen Arbeitsentwöhnung entgegenzuwirken. Man hat beobachtet, wie fürchterlich sich die Enttäuschung und die Verbitterung in der Seele des einzelnen Wohlfahrtserwerbslosen auswirken, wenn er Monate und Monate in allen feinen eifrigen Bemühungen um Arbeit täglich erneut gescheitert ist; die ursprünglich aktive Haltung macht einer sich ständig verstärkenden Teilnahmslosigkeit Platz, die höchstens noch durch gelegentliche Auslehnung gegen die gesamte Ordnung der Dinge und gegen den Staat unterbrochen wird. Deshalb hat die Wohlfahrtspflege es als oberstes Ziel betrachtet, Arbeitsmöglichkeiten für die Wohlfahrtserwerbslosen zu erschließen. Das ist denn auch vor allem in Hamburg in den letzten Monaten mit besonders gutem Erfolge gelungen. Die Zahl derjenigen Wohlfahrtserwerbslosen, die auf von der Wohlfahrtspflege finanzierten Arbeitsplätzen ein auf fürsorglicher Grundlage beruhendes entlohntes Arbeitsverhältnis nachgewiesen erhalten haben, ist seit Anfang 1930 auf das Sechsfache gestiegen.

Dieser Erfolg darf nicht zu Trugschlüssen verleiten. Auf die Dauer kann es ohne finanzielle Hilfe des Reichs nicht Aufgabe der Wohlfahrtspflege sein, für die ständig in ganz Deutschland answellende Masse der Wohlfahrtserwerbslosen Arbeitsgelegenheit zu ermitteln. Wie soll auch den Gemeinden möglich sein, was der Reichsanstalt nicht gelingt. Außerdem besteht bei dem Ansturm der Wohlfahrtserwerbslosen auf die Wohlfahrtsämter die dringende Gefahr, daß ohne Personalvermehrung die Wohlfahrtspflege und die Vertiefung in dem fürsorglich zu betreuenden Einzelfall infolge der Massenabfertigung ernstlichen Schaden leiden werden. Umsomehr muß verlangt werden, daß das Reich seiner Hilfspflicht nachkommt.

Vor allem erscheint die Forderung begründet, daß, nachdem die Arbeitslosigkeit zu einem Volksverhängnis geworden ist, das schicksalsmäßig große Gruppen von deutschen Volksgenossen erfaßt, das Reich als umfassendster Lastenträger Arbeitsbeschaffung in größtem Stil betreibt. Aufgaben zu erfüllen, durch die Erwerbslose Arbeit finden, gibt es in Deutschland noch immer die Hülle und die Fülle. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß alle großen Bodenverbesserungs- oder Straßenbauarbeiten notwendigerweise Geld kosten. Das Reich verfügt über keinen Vermögensbestand, aus dem es diese Gelder entnehmen könnte; das Reich ist vielmehr selbst Schuldner, und zwar Schuldner derjenigen Mächte, die nach dem Vertrage von Versailles Reparationsforderungen gegen uns geltend machen. Mittel zur Arbeitsbeschaffung kann das Reich sich also lediglich im Wege der Besteuerung verschaffen: auf diese Weise wird dem guten Willen allerdings eine letzte Grenze gezogen.

Es ist gelegentlich vorgeschlagen worden, durch künstliche Mittel die Gesamtlage der Arbeitslosigkeit zu beeinflussen. An welche Mittel man

im einzelnen auch immer denken mag, man wird immer zu berücksichtigen haben, daß Deutschland nur ein Teil der Wirtschaftsordnung der Welt ist, und daß, solange die Staaten in der Welt nebeneinander stehen, die Organisation des Einzelstaats unvermeidlich von der politischen und wirtschaftlichen Organisation der übrigen Staaten, beeinflusst sein wird, um so stärker beeinflusst sein wird, wenn es sich um ein mitteleuropäisches Staatswesen wie Deutschland handelt, das sich niemals grundlegend aus der kontinentalen Bedingtheit seiner Lage völlig lösen kann. Man wird ferner nicht die Tatsache aus den Augen verlieren dürfen, daß rein formale Systemänderungen niemals etwas daran umgestalten können, daß Volkszahl, Gebietsgrenzen, Bodenschätze, Kapitalkraft und rationelle Wirtschaft allen Heilbestrebungen eine gewisse endgültige Schranke setzen. Wichtiger als solche formalen Systemänderungen ist eine geistige Haltung des Einzelnen, die sich auf ausgeprägtes Verantwortungsgefühl, Opferbereitschaft und Willen zur Hilfe gründet. Es kommt dabei nicht so sehr darauf an, daß man ein spruchreifes Programm für die Umgestaltung der Wirtschaftslage in der Tasche mit sich führt, sondern daß man die Arbeitslosigkeit als eine Angelegenheit betrachtet, die alle angeht und für die alle verantwortlich sind. Es ist schon viel gewonnen, wenn jeder Einzelne an seinem Platz sich zur tatkräftigen Mithilfe im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit bereit hält. Heute fehlt es noch viel am Opferwillen; ist der Wille allgemein vorhanden, wird man sich über den Weg schon einigen können.

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot.

Mit das Betrüblächste für die Mehrzahl der tätigen, strebsamen Menschen in unseren Tagen ist dieses: daß sie nicht voran kommen, nichts erübrigen, daß sie am Ende des Jahres vor einer unbefriedigenden Bilanz stehen. Die Einnahmen wollen mit den Ausgaben nicht mehr Schritt halten. Der Lebensstandard sinkt in dem gleichen Maße, wie das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben zunimmt. Sehen wir uns nach den Besserungsversuchen um, so stoßen wir zunächst auf ein dickes Bündel Gesetzesbestimmungen, die alle in das Kapitel Wohlfahrt gehören. Auf keinem anderen Gebiete ist in der Nachkriegszeit die Gesetzgebung so ins Kraut geschossen wie hier. Je länger, je mehr hat sich die Wohlfahrtspflege in der Richtung der Fürsorge und Wohltätigkeit entwickelt. Aber Wohlfahrtspflege darf nicht Wohltätigkeit sein. Die Erfahrung lehrt, daß mit Wohltätigkeit keine Notstände beseitigt werden. Wir wollen hier nicht aufzählen, welche Ursachen unserem wirtschaftlichen und sozialen Elend zugrunde liegen und welche Versuche von Berufenen und Auserufenen unternommen worden sind, Abhilfe zu schaffen. Wir wissen alle, daß es Versuche mit unzulänglichen Mitteln waren.

Die Wohnungsnot: Sie ist vorhanden, und sie läßt sich mit der Auf-

zählung ihrer grauenhaften Folgeerscheinungen ebenso wenig aus der Welt schaffen, wie etwa mit den Mitteln der Hauszinssteuer, die zu einem großen Teil für ganz abseits liegende Zwecke verwendet wird. Der Wohnungsnot ist nur durch Bauen abzuhelpfen. Bauen kann nur, wer Geld hat. Geld ist ein seltener Artikel geworden. Von 100 Baulustigen sind 99 auf geliehenes Geld angewiesen. Leihkapital fordert aber untragbar hohe Zinsen. 8, 10 und mehr Prozent Zinsen kann die Bauwirtschaft nicht erschwingen. Sie wird davon erdrückt. Sie ist erdrückt. Der Baumarkt ist blutleer. Und weil das Baugewerbe das Schlüsselgewerbe ist, fehlt es der gesamten Wirtschaft an der nötigen Blutzufuhr. Wir können also sagen: im letzten Grunde ist unsere Wohnungsnot eine Zinsnot.

Die Arbeitslosigkeit: Mit Wohltätigkeit ist ihr nicht beizukommen. Nur wenn der Hilfsbedürftige mitarbeitet, mitarbeiten muß, sammelt er die Kräfte, die wir zum Aufbau nötig haben. Und das sind die gleichen Kräfte, die die Fürsorge erlahmen läßt. Es ist doch so: in den Volksmassen steckt ein gewaltiger Aktivposten, den man nicht in Mark und Pfennigen ausdrücken kann. Es ist das handwerkliche Können, das nun die Fürsorge einfach verrotten läßt.

Politik ist Handel auf lange Sicht und muß frei sein von jener Kurzatmigkeit, die in den Maßnahmen unserer Verantwortlichen vielfach so erschreckend zutage tritt. Handeln auf lange Sicht - im folgenden sei in aller Kürze aufgezeigt, wie wir es meinen. Vor uns liegt der Geschäftsbericht der in diesen Blättern schon mehrfach erwähnten Deutschen Bau- und Siedlungsgemeinschaft e. G. m. b. H. (D.B.S.) in Darmstadt. Ganz im Stillen hat diese Gemeinschaft gegenseitiger Selbsthilfe innerhalb weniger Jahre 1856 Häuser erstellt. Das ist eine ganze Stadt. Eine Stadt, die keine Zinsen schluckt und keine Rente wirft, die aber in 20 Jahren ein reines Volksvermögen von Millionen Reichsmark darstellen wird. Die Aufgabe der D. B. S. ist: Spargelder zu sammeln, um Darlehen aus diesem Spargeld zu vergeben. Darlehen zum Bau von Eigenheimen, zur Ablösung von Zinshypotheken, zum Kauf von Häusern und zur Ablösung aus Erbschaftsauseinandersetzungen. Wer zum ersten Male von dem Gedanken der Zinsfreiheit hört, kann ein Lächeln schwerlich unterdrücken. Und doch gibt es kaum etwas Natürlicheres. Wenn die D. B. S. für die Spargelder, die ihre Mitglieder einzahlen, keinen Zins zu zahlen braucht, dann kann sie die Spargelder als Darlehen auch ohne Zins wieder an die Mitglieder hinausgeben. Allerdings braucht sie anstelle des Zinses, anstelle des Wertmaßes für die empfangenen Spargelder und die vergebenen Darlehen einen Ersatz. Diesen hat sie. Er drückt sich aus in einem Kennziffersystem, so einfach gehalten und so praktisch, daß jedes D. B. S.-Mitglied diese Berechnungsart ohne viele Mühe verstehen und daraus seine Annäherung an die Darlehensvergebung selbst ersehen und verfolgen kann. Das Mitglied spart monatlich 1.50 RM.

für je Tausend Mark beantragtes Darlehen. Auf ein Darlehen von z. B. 10000.- RM. sind monatlich 15.- RM. zu leisten. Diese Sparraten werden ungekürzt schon auf das Darlehen angerechnet, sind also schon Tilgung der Darlehensschuld. Wenn das Mitglied in den Genuß des Darlehens gekommen ist, sein Haus gebaut hat und eingezogen ist, also seine bisherige Wohnung aufgegeben hat, dann tritt anstelle des Spardienstes die Tilgung in Höhe von monatlich 5 vom Tausend des Darlehens. Die monatliche Zahlung von 5 v. T. ist leichter, im Jahre einmal 6% wäre vielleicht schwer. Und da keine Zinsen hinzu kommen geht diese Tilgungsquote nicht über den Rahmen des Möglichen hinaus. Was ein Mitglied mehr spart und mehr tilgt, kommt ihm zugute.

Nach dem derzeitigen Geldumlauf ist mit einer Längstwartzeit von 8-9 Jahren zu rechnen. Die praktische Wartzeit liegt zwischen 3-7 Jahren, je nach dem Grade der Spartätigkeit des Einzelnen.

Die D. B. S. hat bis zum 31. Mai 1930 1856 Bau- und Entschuldungsdarlehen in einer Gesamthöhe von 27 Millionen Reichsmark zugeteilt. Mehr als 30% aller Sparrer, die die Darlehensanwartschaft erreicht haben (Darlehensanwärter ist jeder, der 10% der beantragten Darlehenssumme eingezahlt hat), haben bereits ihr Darlehen erhalten.

Der Spargeldereingang für die ersten drei Monate des Geschäftsganges 1930 belief sich im Monatsdurchschnitt auf 790000.- RM. Von den bis Ende 1929 beantragten Bausparsummen im Gesamtbetrage von 180 Millionen waren bis 31. 12. 1929 bereits ausgezahlt rund 16 Millionen = 9% der abgeschlossenen Bausparsumme. Dabei arbeitet die D. B. S. mit einem Geschäftsumkostensatz, der nur wenig über 2% der tatsächlich ausbezahlten Hypothekendarlehen liegt; d. i. etwa ein Fünftel der Unkosten anderer Bausparkassen.

Nun bedenke man eins: die D. B. S. kann heute bereits dem Baugewerbe werktäglich 30000 RM. für Arbeitslöhne und Materiallieferung zur Verfügung stellen und damit annähernd 4000 Arbeiter ständig beschäftigen. Da drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob der Bauspargedanke, wie ihn die D. B. S. in die Tat umgesetzt hat, nicht ein geeignetes Mittel ist, der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit abzuwehren. An der Tatsache, daß 16000 Bausparer die nur 1 $\frac{1}{4}$ v. T. ihrer Bausparsumme als monatliche Sparverpflichtung auf sich nehmen, 4000 Bauhandwerkern dauernde Beschäftigung geben können und damit unseren Erwerbslosen-Etat um rund 4 Millionen Reichsmark jährlich entlasten, mag erkannt werden, wieviel Hunderte von Millionen unproduktiver Unterstützungsgelder gespart werden könnten, wenn sich etwa ein Zehntel oder nur ein Zwanzigstel unserer Bevölkerung am Bausparen beteiligen würde. Welche Selbstverständlichkeit dies für Jeden sein sollte, zeigt eine Rundgebung des jetzigen englischen Premierministers Ramsay MacDonald, die u. a. besagt:

„Keine Bewegung der gegenseitigen Selbsthilfe ist mehr der Unterstützung wert als die der Bausparkassen. Ein Haus soll der Ausdruck einer Persönlichkeit sein und wenn möglich soll es Besitz sein und nicht nur gemietet werden. Ich wollte, daß jeder Arbeiter sein Eigenheim hätte, genau so, wie er seine eigenen Kleider besitzt.“

Nachdem nun auch die deutsche Reichsregierung sich entschlossen hat, den Bauspargedancken durch gesetzliche Regelung zu fördern, darf die D.B.S., die zur Beratung des Gesetzesentwurfes zugezogen war, voll Zuversicht ihrer Weiter- und Höherentwicklung entgegensehen.

„Junge Generation“ und ihre Führungsaufgabe an der heutigen Jugend.

Zum Thema der diesjährigen Führertagung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände war die „Geistige Formung der Jugend in der Gegenwart“ gewählt worden. Um die Aussprache möglichst gegenständlich zu gestalten, hatte der Reichsausschuß die Tagung in zwei Gruppen gegliedert, deren erste die Beziehungen zwischen Jugend und bildender Kunst - Architektur, Malerei, Theater, Laienspiel, Musik - aufzudecken versuchen sollte, während der zweiten die Aufgabe der wertenden Prüfung der Bildungsmittel der Gegenwart, wie sie sich am charakteristischsten in den Mächten der Presse, des Films und des Rundfunks demonstrieren, gestellt war. Was auf der vorhergehenden Führertagung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände vor zwei Jahren in Homburg v. d. S. bereits angeklungen war: die Andersartigkeit der heute 14-18 jährigen gegenüber dem Weltbild und der Lebensgestaltung der alten Jugendbewegung, ist in der Zwischenzeit in das helle Licht der Bewußtheit gerückt: Jugend im biologischen Sinne und das, was man gemeinhin mit dem Worte „Junge Generation“ bezeichnet, sind zwei ganz verschiedene Dinge. Das konnte bisher nur dadurch vielfach verdeckt werden, daß die Junge Generation - deren Kern aus der alten Jugendbewegung der Kriegs- und Nachkriegszeit herausgewachsen ist und zu der heute Reste der sogenannten Frontgeneration stoßen, die durch Kriegserlebnis und Volkschicksal ebenso tief erschüttert worden sind wie die Jugendbewegung durch ihre instinkthafte Revolution gegen die Kulturfeligkeit der Vorkriegszeit - vielfach noch den Bänden und Verbänden der Jugend angehört oder doch in ihnen ihre geistige Heimat sieht und sucht.

War die Erkenntnis dieser lebens- und wesensmäßigen Verschiedenheit und die reinliche Klärung der sich daraus ergebenden Folgerungen das eine große Ergebnis der Marburger Führertagung, so bedeutete es auf der andern Seite eine fruchtbare Spannung, daß trotzdem in den Referaten und Aussprachen beides dauernd wieder miteinander in Beziehung gesetzt werden mußte, weil ja die Führerschichten der heutigen Jugend in den Bänden selber zumeist noch dem Lager der „Jungen Generation“ zuzurechnen sind.

Denn es galt nunmehr, herauszuarbeiten, in welcher Weise sich künftig die Führung der Verbände und Bünde ihrer Führungsaufgabe der Jugend von heute gegenüber zu entledigen habe. Um das deutlich zu machen, war die gegenwärtige Lage in beiden Schichten zunächst noch einmal in aller Nüchternheit zu umreißen: Die heutige Jugend ist, das wurde übereinstimmend betont, nicht mehr in Bewegung, sie ist in aller Selbstverständlichkeit wieder das geworden, was sie normalerweise im Volksleben sein soll: ein „Zustand“ wie andere Altersschichtungen auch. Dies gilt ebenso von der Jugend der Bünde der sogenannten „freien Jugendbewegung“ wie auch von der Jugend der konfessionellen, politischen, gewerkschaftlichen und Sportverbände. Sofern sie sich durch ihre besondere Gruppentradition oder sonstige Bedingungen besonders „bewegt“ oder „radikal“ gibt, ist dies genau so eine sie im tiefsten Wesen nicht berührende Hülle wie das getragene Bundesabzeichen, durch das sie sich voneinander unterscheidet. Nebenher aber führt diese Jugend, wenn sie nicht gerade im Kreise ihres Verbandes ist, so etwas wie eine zweite, private Existenz, freilich, ohne oft selber darum zu wissen. Sie ist bildungsfähig und bildungswillig wenn man sie lebensmäßig erfasst; zugleich aber so unproblematisch, daß der bei der früheren Jugendbewegung so mächtige Appell an ihr kämpferisches Wollen und an ideale Zielsetzungen bei ihr völlig versagt.

Einer solchen Jugend gegenüber hat die Führerschaft verständlicherweise eine ganz andere Aufgabe als bisher in der Jugendbewegung: sie kann nicht mehr so sehr wie bisher ihr Sprachrohr sein, als sie ihr gegenüber die Pflicht der bildungsmäßigen Formung hat. An die Stelle der bisher in allen Richtungen der Jugendarbeit geübten Form der Hinführung zu den jeweiligen - nationalen, sozialistischen, evangelischen, katholischen usw. - Verbandszielen hat das selbstverständliche zuchtvolle Vorleben und die geformte Schau der gewollten Erziehungsaufgabe zu treten, wenn die beabsichtigte Wirkung der Jugendführung erreicht werden soll.

Diese Notwendigkeit legt freilich den Menschen der Jungen Generation einen weitgehenden Verzicht auf bisherige Formen und Arbeitsmethoden auf, die ihnen früher als Wesenselemente ihrer Haltung erschienen sein mögen. Es kommt darauf an, wie auf der Tagung einmal ausdrücklich formuliert wurde, daß „das Ideal in die konkrete Lage der Wirklichkeit vorweggenommen“ werden müsse. Eine Forderung, die ein Unmaß an innerer Sicherheit und gelassener, schlichter Sachlichkeit erfordert, wenn man ihr genügen will. Zugleich ein Vorgang der Bewährung für die Menschen der Jungen Generation, an dem sich erweisen wird, wie weit sie die Voraussetzungen für die ihr gestellte neue Sendung der bildungsmäßigen Formung der Jugend zu erfüllen vermag. Eine solche geistige Neuordnung und Umgruppierung wäre nicht möglich, wenn nicht inzwischen auch die Gesamtsituation der Jungen Generation ein neues Gesicht gewonnen haben würde. Es ist nicht mehr wie früher nötig, daß jeder einzelne der Jungen Generation sich selber auf allen Lebensgebieten in große prinzipielle Auseinandersetzungen einlassen muß, weil er sich angesichts der Fragwürdigkeit aller geistigen und gesellschaftlichen Dinge nicht auf den anderen verlassen kann,

sondern es hat sich in dieser Generation allmählich ein geheimes Einverständnis und eine gemeinsame Haltung und Willensformung herausgebildet, in wie verschiedenen Lagern die Einzelnen auch stehen mögen und wie verschieden ihre weltanschaulichen Meinungen und Überzeugungen sind. So braucht nicht jeder der Angehörigen der Jungen Generation mehr alles zu tun und nachzudenken, sondern vermag ohne weiteres von der Erfahrung des anderen zu lernen und dieselbe für sich auszuwerten. Diese funktionelle Verlässlichkeit läßt hoffen, daß die Weitergabe der wesensmäßigen Erkenntnisse und Bildungswerte, die die Junge Generation in der unruhigen Krisenzeit der Jugendbewegung an sich erlebt und erfahren hat, an die heutige Jugend mit glücklicher Aussicht auf Erfolg geschehen wird.

Wurde diese Lage anerkannt - und die Tagung zeigte sich darin fast einmütig -, so blieb nur noch die Frage, wie die heutige Jugend auf die verschiedenen geistigen Mächte reagiert, die seinerzeit der Jugendbewegung das Leben so schwer gemacht haben. Dabei ergab sich aus allen Schilderungen der einzelnen Sachgebiete, daß die Jugend gegen die Gefahren des Kinos, der Zeitung, der Schläger und der gesteigerten Sexualität in weit höherem Maße immun ist als noch die Jugend der ersten Nachkriegszeit. Es ist keineswegs so, daß alle diese Dinge auf die Jugend einen derartigen bedrohlichen Anreiz ausüben, wie Erwachsene aus ihrer eigenen Erfahrung anzunehmen geneigt sind. Vielmehr werden diese Reize mit einer gleichen gedankenlosen Selbstverständlichkeit und Harmlosigkeit hingenommen wie die Errungenschaften der neuesten Technik. So hat sich die Natur ihren eigenen Ausweg aus der Gefährdung geschaffen und einen neuen Gleichgewichtszustand hergestellt, der zwar von dem früheren in wesentlichen Punkten abweicht, durch den aber die Lebenskräfte des jungen Menschen von heute besser und zweckmäßiger als zuvor geschützt und entlastet werden.

Auspruch.

Reichstagswahl.

I.

Am Tage der Auflösung hat Minister Dietrich einen Aufruf an den Reichstag gerichtet: Es muß sich zeigen, ob wir noch so etwas sind wie ein Staatsvolk oder nur noch ein Interessenhaufen; ob Bestand und Zukunft der Nation uns mehr bedeuten als Parteibestand und kleinliche Interessen. In jedem anderen Parlament hätte solcher Aufruf zur Bildung einer Regierungsmehrheit geführt. Aber die Parteiwälle weg wären die Abgeordneten zu einer persönlichen Verantwortung für die Not des Ganzen hingerissen worden. Aber die Abgeordneten haben versagt. Der Reichstag war nicht imstande, das Notwendige zu tun. Er wurde aufgelöst. Die Sicherung des Staatshaushaltes geschah unter Anwendung des Artikels 48.

Am 14. September muß der neue Reichstag gewählt werden. Wir sehen die Frage an uns gerichtet: Was sollen wir wählen? Wir möchten uns nicht um eine Antwort herumdrücken. Wir raten nicht denen, die wissen, was sie zu tun haben. Wir werben für keine Partei. Wir wollen die Kampflinien aufzuzeigen versuchen und die Orte aufweisen, wo die junge Generation zum Einsatz kommen kann.

Die Parteien.

Das Wort von der Parteikrise ist lange umgangen; man hat sich daran gewöhnt. Aber Nacht ist sie ausgebrochen, hat alte Verschanzungen aufgerollt, neue Ausrichtungen nötig gemacht. Langsam klären sich die neuen Fronten. Es treten auf den Plan: Die Nationalsozialisten; mit ihnen eng verbündet der Rest der Deutschnationalen Volkspartei unter Hugenberg's Führung; die Konservative Volkspartei, entstanden aus der Volkskonservativen Vereinigung unter Treviranus und der Westarpgruppe. Dieser Partei nahe steht das Landvolk unter der Führung von Minister Schiele und der in diesen Blättern schon zu Wort gekommene Christlich-soziale Volksdienst. Es folgt die Wirtschaftspartei, die Deutsche Volkspartei, die Partei Strefemanns, jetzt von Scholz geführt, die Deutsche Staatspartei, das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Die Nationalsozialisten haben noch immer den größten Zulauf an jungen Menschen. Und doch ist bei ihnen am wenigsten der gestaltende Einfluß junger Generation zu spüren. Ein Teil der bündischen Jugend neigt ihnen zu; auch durch manche unserer Gruppen geht diese Welle. Und doch ist eine solche Parteihaltung der schärfste Gegensatz bündischer Haltung. Das kann hier im einzelnen nicht erhärtet werden. Aber die Frage, ob man als Mensch des Bundes noch Mitglied der NSDAP sein kann, muß beantwortet werden. Mir erscheint dieser Fall nur dann möglich, wenn er in allerhöchster Opposition zu seiner Partei steht: in Segnerschaft gegen den Terror, gegen die Phrase und die „Schlagfertigkeit“, gegen die Ausschließlichkeit, mit der die Partei sich absolut setzt und alles für vernichtungsfähig erklärt, was nicht das Braunhemd trägt, obs nun die Verfassung, Hindenburg oder Otto Strasser ist. - Aber wenn er das öffentlich und mit Nachdruck tut, wird er sich in der Partei kaum halten können. - Die Verbindung von Nationalismus und Sozialismus, die im Namen angedeutet ist, scheint nicht gelungen. Die Sozialisten unter der Führung Otto Strassers sind aus der Partei gedrängt worden und werden von derselben aufs schroffste bekämpft.

Die Deutschnationale Volkspartei, die einst das konservative Element in sich schloß, ist unter Hugenberg's Führung als eine reaktionär gerichtete Gruppe in enge Nachbarschaft mit den Nationalsozialisten gerückt. Sie zählte 1928 noch 110 Abgeordnete, zur Stunde stehen bei Hugenberg

noch 32. Die Wahllisten zeigen die alten Namen, sofern ihre Träger zu Hugenberg stehen.

Träger des konservativen Gedankens und Instrument, ihn positiv gestaltend im Staat zur Geltung zu bringen, ist die Konservative Volkspartei. Sie ist jung, in ihr ist die Kriegsgeneration an der Führung stark beteiligt, ihr sind die Tore für die junge Generation aufgetan, nicht nur zum Einmarschieren, sondern auch zur gestaltenden Mitarbeit. Heinz Dähnhardt, der Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, gehört dem Beirat der Partei an. Leider hat die Partei durch die Verbindung mit der Westarppgruppe einen Schub von alten Männern erhalten, und dieser Umstand muß sich auch etwas in der Wahlliste auswirken. Doch ist zu hoffen, daß der Wille, den Heinz Dietrich Wendland in UB. Heft 4 S. 79 dargestellt hat, Durchschlagskraft behält.

Der Wahlauf Ruf hebt hervor:

Wir fordern Wehrfreiheit, die Voraussetzung echter Staatshoheit.. Wir dringen auf eine Revision der Tributlasten. Wir dringen auf die Wiedergutmachung der ungerechten Grenzziehung im Osten, Abstimmungs-freiheit für Eupen-Malmédy und auf die Rückgabe des deutschen Saargebietes unter deutsche Reichshoheit. Wir fordern Abrüstung der Siegerstaaten zur Herstellung der Rüstungsgleichheit. Wir verlangen Gleichberechtigung des Deutschen Reiches im Kreise der Völker, Befreiung von jedem moralischen Makel. Wir fordern Pflege der wirtschaftlichen und kulturellen Verbundenheit mit den deutschen Volkgruppen außerhalb der Reichsgrenzen.

Das sind, und das festzustellen ist nicht unwichtig, die außenpolitischen Ziele auch der zu der Staatspartei zugestoßenen Volksnationalen Reichsvereinigung, abgesehen von dem Umstand, daß die DR auch den Anschluß Deutsch-Osterreichs mit in ihr Programm aufgenommen hat. Es sind die Punkte, von denen in diesen Tagen eine französische Zeitung schrieb, über die in Deutschland Einigkeit bestehe. Wir betonen als echte Deutsche wirklich oft das Trennende und Unterscheidende zu stark und vergessen das Gemeinsame und Einigende zu leicht, zumal im Wahlkampf.

Die Deutsche Volkspartei ist durch die Staatspartei in eine schlechte Lage gekommen. Die jungen Kräfte, die „Front 1929“ und die Februarclubs, sind zur Staatspartei hinzugestoßen; einzelne Wahlkreise haben entgegen der ausgegebenen Parole Verbindung mit der Staatspartei eingegangen. Geblieben ist im wesentlichen der Wirtschaftsflügel der Partei, das kommt in der Wahlliste zum Ausdruck. Frank Glazek, der Führer der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler, ist noch nirgends an führender Stelle genannt.

Wirtschaftspartei, Zentrum und Kommunisten dürfen hier übergangen werden, auf die Staatspartei wird an anderer Stelle eingegangen.

Der Sozialdemokratie kommt Bedeutung zu als der weitaus stärksten Partei, als stärkste Vertretung des Arbeiterstandes, als Bollwerk gegen den Bolschewismus. Ob sie noch das vorwärtstreibende Element im Staate ist und ob sie von der Parteikrisis verschont bleiben wird, das sind andere Fragen.

Die Kampflinien.

Die radikalen Flügelgruppen sind mit aller Macht daran, das Volk völlig auseinander zu zerren; rechts die Nationalsozialisten, links die Kommunisten. Gegen diese radikalen Flügel steht die Mehrheit der Staatsbürgerschaft, die auf der Grundlage des heutigen Staates arbeiten will. Staatsbejahend in diesem Sinne sind alle Gruppen von der SPD bis zu der Konservativen Volkspartei, beide eingeschlossen.

Innerhalb dieses staatsbefahenden Blockes sind drei Gruppen zu unterscheiden. Der ersten Gruppe kommt es darauf an, in diesem Wahlkampf eine Mehrheit für die Regierung Brüning zu schaffen und damit die Notverordnungen der Regierung und die Weiterentwicklung auf dieser Grundlage zu sichern. Diese Gruppe setzt sich zusammen aus Zentrum und der ihm verbündeten Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, dem Landvolk und der Konservativen Volkspartei. Diese Gruppe ist sich einig in der Abwehr der Angriffe gegen die Regierung Brüning. Diese Abwehrfront richtet sich stark gegen die Sozialdemokratie, die die zweite Gruppe darstellt und zur Regierung Brüning in Opposition steht. Das Ringen dieser beiden Gruppen geht vor allem um die Verteilung der Lasten, die durch Wirtschaftskrisis und Tributzahlungen uns aufgezwungen sind. Die in den einzelnen Parteien vertretenen Wirtschaftsinteressen spielen in diesem Kampf oft eine entscheidende Rolle. Daneben verfolgt jede Partei ihre besonderen Ziele, wie sie zum Teil in diesen Blättern schon dargestellt wurden.

Die dritte Gruppe der staatsbefahenden Mitte stellt

Die Deutsche Staatspartei

dar. Sie ist die jüngste Partei. Sie gleicht in ihrer Entstehungsgeschichte dem großen Zusammenschluß der bündischen Jugend. Verschiedene geistige Kräfte stoßen zusammen, und es ist noch nicht ausgemacht, was daraus wird. Aber nach den vielen Worten von Sammlung und Einigung ist hier die erste befreiende Tat. Aus der DNVP, aus der DVV, aus dem Zentrum, der DDP, aus der Volknationalen Reichvereinigung und dem Jungdeutschen Orden sind hier Kräfte vorgestoßen, die notwendige Sammlung anzubahnen. Am stärksten wurde die Demokratische Partei in Mitleidenschaft gezogen. Der Führer Koch-Weser hat den Aufruf zur Gründung der Staatspartei unterzeichnet, und die Partei hat später mit großer Mehrheit sich seinem Vorgehen angeschlossen. Mit einem Schein von Recht verkünden nun die in Verlegenheit geratenen Parteien, es handle sich hier nur um eine Umtaufe und Auffrischung der DDP. durch den Jungdeutschen Orden.

Aber hier ist doch etwas anderes geschehen als Auffrischung oder Fusion: Sammlung aller aufbruchwilligen Kräfte. Die „Radikalpazifisten“ haben sich abgesondert, einige Demokraten sind zur SPD übergegangen. Kerntrupp der Staatspartei ist der Jungdeutsche Orden und die Volksnationale

Reichsvereinigung. Die Kraft dieses Kerntrupps hat sich bei der Aufstellung der Wahllisten gezeigt, so daß der „Vorwärts“ schreibt: „Man gewinnt den Eindruck, daß die Demokraten in der Staatspartei von den Jungdeutschen an die Wand gedrückt werden“. Der Zwiespruch schreibt:

„Aber die Deutsche Staatspartei wird auch von den bisher politisch nicht festgelegten Kreisen der bündischen Jugend als ein bedeutsamer Versuch beurteilt, noch einmal die versprengte und des Parteihaders überdrüssige bürgerliche Jugend in einer Front zusammenzufassen, um die drängenden politischen Aufgaben anzupacken. Die junge Generation ist sich freilich klar, daß es zugleich der letzte Versuch dieser Art sein kann und es daher ihre besondere Aufgabe sein wird, dafür zu sorgen, daß das sich noch einmal sammelnde Vertrauenskapital nicht wieder von alten Parteitaktikern verwirrschaftet wird.“ Daß das nicht eintreten wird, dafür dürfte die Führung Mahrauns Bürgerschaft sein. Mit Ernst Lemmer hat er einen Aufruf an die junge Generation erlassen, dem wir hier Raum geben:

Die junge Deutsche Staatspartei bietet der jungen Generation die Möglichkeit, ihre politischen Willenskräfte zu entwickeln. Gleichberechtigt stehen wir Jungen im Kampfe für die gemeinsame Sache. Der Weg ist frei geworden für eine neue und starke deutsche Innen- und Außenpolitik. Schon mit der Gründung der jungen Deutschen Staatspartei beginnt die Mitverantwortlichkeit der jungen Generation. Jetzt ist es unsere Aufgabe, die Stellung der Jungen zu sichern und die großen Aufgaben zu erfüllen, welche die Geschichte uns auferlegt.

Aber ein Jahrzehnt hat die Spaltung des deutschen Volkes in ein schwarzweißrotes Lager angedauert. Menschen wurden getrennt, die eigentlich zusammengehörten. Der Beseitigung dieser unheiligen Entfremdung soll das erste Wort der jungen Generation gelten.

Interessenten- und Wirtschaftsguppen haben sich das deutsche Parlament erobert und haben die Volksovertretung zu einem Interessentenhaufen gemacht.

Wir Jungen lehnen uns gegen diesen unhaltbaren Zustand auf. Unser Eintreten in den Kampf um die politische Macht, auf dem Boden der Verfassung, im Bekenntnis zum Staat und seinen Symbolen, bedeutet die Fortentwicklung der deutschen Republik zum nationalen und sozialen Volksstaat, den alle ehren und lieben sollen.

Wir Jungen haben ein Recht, eine besondere Ideenwelt für uns in Anspruch zu nehmen. Die Eindrücke eines furchtbaren Reizes und unser politisches Werden im Zeichen einer Zeitenwende haben uns mit neuen Willenskräften getragen. Die junge Deutsche Staatspartei ist zum großen Teil von diesen Willenskräften getragen. Sie ist dazu berufen, den positiven Aktivismus zu entwickeln, nach dem das ganze deutsche Volk ruft. In ihm liegt die einzige Möglichkeit, dem staatszerstörenden Radikalismus und den volksfeindlichen Diktaturbestrebungen ein Gegengewicht zu bieten.

Alle Veruche, bei alten Parteien einzelne Vertreter der jungen Generation nach außen hin in den Vordergrund zu stellen, können uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit von diesen zwar die Verantwortung mit übernommen, ihnen aber noch keine Mitbestimmung gewährleistet ist.

Schulter an Schulter mit reformwilligen und geistesverwandten politischen Führern aus dem letzten Parlament wollen wir in der jungen Deutschen Staatspartei etwas vollkommen Neues schaffen. In ihr wollen wir uns die Machtstellung im Parlament erkämpfen, die uns zukommt.

Darum reicht euch die Hände über veraltete und durch die Entwicklung überholte Gegensätze zur gemeinsamen Arbeit für das deutsche Volk.

Auch wir haben es getan, ohne unseren Bündnis, der eine dem Jungdeutschen Orden, der andere dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold untreu zu werden.

Wir rufen die junge Generation: Kämpft mit uns für den Sieg des sozialen und wahrhaft volksgemeinschaftlichen Gedankens.

Wenn wir uns darüber einig sind, daß aufbauende Arbeit nur geleistet werden kann auf dem Boden der Verfassung, so haben wir im Grunde nur zu wählen zwischen Konservativer Volkspartei (Christl.-soz. Volkssdienst), der Deutschen Staatspartei und der SPD. Ich gebe meine Stimme der Deutschen Staatspartei.

Jörg Erb.

II.

Lieber Jörg Erb! Also Du hast Dich für die Deutsche Staatspartei entschieden und trittst in „Unser Bund“ warm dafür ein. Das ist selbstverständlich Dein gutes Recht. Aber es darf doch nicht der Eindruck bleiben, als ob die Deutsche Staatspartei nun der Weg für die junge Generation bleibe. Ich habe nie bisher in „Unser Bund“ ein Wort gegen oder für eine politische Partei geschrieben. Aber ich glaube in diesem Augenblick darf ich nicht schweigen, sondern muß einfach ganz persönlich sagen, warum ich nicht zur Deutschen Staatspartei gehe, sondern mit großer Freude mich zur Konservativen Volkspartei stelle, und warum ich dabei das glückliche Gefühl des unbedingt richtigen Weges habe. Ich schreibe Dir kurz und ganz persönlich.

1. Bis zu diesem Frühjahr habe ich keiner politischen Partei angehört. Wohin hätte unserines gehen können? Als die Volkskonservative Vereinigung gegründet wurde, bin ich ihr sofort beigetreten, weil ich dort Männer am Werk sah, die wirklich nicht Interessen vertreten, sondern aus einer Gesamtschau vom Sinn der Geschichte und vom Weg des deutschen Volkes aus denken und handeln.

2. Ich habe zu der Deutschen Staatspartei aus drei Gründen kein Vertrauen. Sie hat im wesentlichen die alten liberal-demokratischen Kreise aufgefangen und hat sich dadurch mit einer Tradition belastet, von der wir uns heute mühsam losringen müssen. Von Liberalismus und Demokratie haben wir übergenug und brauchen heute die anderen Kräfte, die seit mehr als einem Jahrzehnt geächtet und verbannt waren. Die Deutsche Staatspartei kündigt ferner schon jetzt eine Bündnispolitik an, die mir die Hoffnung nimmt, daß hier der Kampf gegen den Versorgungsstaat für den Verantwortungsstaat wirklich geführt wird: der Kampf gegen den Versorgungsstaat aber ist ein wesentlicher Sinn des heutigen Wahlkampfes. Endlich und vor allem ist die Deutsche Staatspartei mir viel zu theoretisch und programmatisch und ich kann den Eindruck nicht verwinden, daß viele Menschen der jungen Generation sich deswegen der Deutschen Staatspartei zuwenden, weil sie von der Jugendbewegung her noch die alte Freude an hochklingenden Ideologien haben.

3. Viel stärker als die spärlichen Veröffentlichungen der Konservativen Volkspartei wirkt auf mich eine Erfahrung. Dort finden sich freudig überrascht die Männer wieder zusammen, die im Jahr 1919 die damaligen Älteren der Jugendbewegung aus dem Sumpf der freideutschen Phrasen

herausgeführt haben. Das sind die Männer, zu denen ich das Vertrauen habe, daß sie nicht nur national klug, sondern aus Blut und Schicksal richtig 'gatoekin wetoen. Varum 'stehe 'ay nicht' oer 'oer Veutshen Staatspartei, sondern bei der Konservativen Volkspartei; der Weg, den nicht ganz wenige Freunde in unserm Bund gegangen sind, vom Sozialismus oder Kommunismus zur Volkskonservativen Partei, erfüllt mich mit Freude und Hoffnung.

Das ist nun ein ganz persönliches Bekenntnis und ich will damit wahrhaftig niemand verdammen. Aber wenn andere ihr Sprüchlein sagen, muß auch der Bundesführer sagen dürfen, welchen Weg er gegangen ist.

Mit herzlichem Gruß Dein

Wilhelm Stählin.

1.

Verantwortung.

Ist es richtig, wenn hier in unseren konkurrenzlosen Lithographiesteinbrüchen unter Ausnützung der Kräfte, Ausstellungen um Ausstellungen vorgenommen werden, um dann bei Steigerung durch Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft, mit weniger Leuten, bei gedrückttem Tarif mehr zu leisten?

Man steigert damit die Zahl der Erwerblosen und muß die Kosten auf andere abwälzen. Damit Bauern und Arbeiter nicht unzufrieden werden, fällt man über die Beamten her. Die haben ja genug! Während die Beobachtung, wie das Bäuerlein seinem Dorfschulmeister das Doppelte und oft noch mehr, von dem „zudenkt“, was er wirklich bezieht.

Im Schweiß seines Angesichts verdient sich der Bauer redlich die Sicherheit seines täglichen Brotes. Aber er muß dies gering schätzen, wenn drüben am andern Rain ein Arbeitsloser des gleichen Dörflerins Beeren und Schnecken sammelt, um seinen Tag hinzubringen im Nebenverdienst, den er dann abends in der Dorfwirtschaft vertrinkt. Im Hauptberuf aber braucht er nur Stempeln zu gehen, um das an Unterstützung zu empfangen, was der Bauer erst für eine harte Tagesarbeit ansetzen darf.

Der gleiche Mann aber kommt dann zu mir zum Stempeln, fast Tag für Tag mit brennender Ngarre oder scharfer Pfeife. Dabei schimpft er auf andere Volksteile oder schaut sie wenigstens neidisch an. Er tut aber nichts dazu, daß er endlich einmal wieder irgendwo Hand anlegen kann; es gefällt ihm zu sehr. Und es kommt einer, der als Lokomotivführer einer kleinen Rollbahn in Konjunkturzeit unverheiratet mit 33 Jahren soviel im Monat verdiente wie ich. Er lungerte über 14 Jahr in unserm Dörflin und in der Gegend herum, um im Genuß seiner sehr hohen Unterstützung zu bleiben, während seine Eltern daheim ein Gütlein haben, wo sie seine Hand gebrauchen konnten. Die Zahlen für diese Not sind drückend. Aber weit schlimmer sind die Folgen solcher Moral für die heranwachsenden Kinder, die solches unmittelbar erleben.

Notopfer! Das heißt, aus unserer Not herausfinden und herausführen, indem jeder erkennt: Wo geht es mir besser als es unsere Zeit erlaubt, wo verbrachte ich mehr und treibe größeren Luxus als ich wirklich verantworten kann, wo sind die Grenzen meiner Lebensführung über die rechten Maße erweitert, wo kann ich davon Opfer bringen?

Vertrauen zueinander muß sich wieder anbahnen! Zucht in der Sparsamkeit, Zucht gegen alle so ungemein verlockende Schönheiten und Bequemlichkeiten unserer Zeit, Zucht gegen das dämonische Haben-Müssen, Zucht gegen das Sich-Ausleben ohne Verantwortung vor dem Nächsten und der Zukunft! Kein Vorbeidrücken an der fordernden Not unserer Zeit, kein Entschuldigen und Betäuben! Ein Beugen unter das gewiß nicht leichte Joch, das tatsächlich unserm Geschlecht auferlegt ist.

Politik scheint die Kunst geworden zu sein, daß ein anderer für dich selbst denkt und zwar so, daß du in den Bequemlichkeiten deines ganz persönlichen Lebens ja nicht durch die Verant-

wortung vor dem Bruder und der Geschichte gestört wird. So unsere Not „politisch“ zu beheben, ist unmöglich.

Den Gliedhaftigkeit und Volksgemeinschaft, vom Sinn in der Geschichte haben wir einst geredet. Ist dieses große Wollen der Jugendbewegung schon so weit entschwunden? Wo brennen noch heiße Feuer der Sehnsucht um diese Werte? Es muß einmal ganz scharf gesagt werden: Wir verraten unser Bestes, wenn wir aufgehen in der Tagespolitik und ihrem Wirwar! Darum sind unsere Feuer erloschen, weil wir in falscher Sachlichkeit erlegen sind dem Geheul des Tages und den Versuchungen augenblicklicher Herrschaft. Darum werden wir verworfen werden, als ungeschickt zu größerem Werk, weil wir hin- und herstreifen zwischen hochfahrenden Worten und steten Kompromissen um des Tages Nutzen. Unausdenkbare Tragik aber: Daß einmal großes geistiges Geschehen ein junges Geschlecht erfüllt hat, damit ein paar Abgeordnetenstessel andere Diätare bekämen!

Wo Tagespolitik getrieben wird, mit dem besten Willen aus Amt und Befehl heraus, ist auch unser Platz als dessen Erfüller. Wir haben aber keinen Grund, uns einzustellen in die Front derer, die da meinen mit den lehtlich doch verantwortungslosen Mitteln heutiger „Politik“ unsere große völkische, wirtschaftliche und geistige Not zu füllen. Aus ihr heraus hilft nur eigene Verantwortung, vom geringsten Volkbruder bis hin zu dem im höchsten Amt. Eigene Verantwortung in allen Dingen, den großen und kleinen unseres persönlichen und gemeinschaftlichen Lebens! Eigene Verantwortung aus einem starken Gerichte- und Gehaltensein in einem lehten Ugrund!

Heinrich Arneht.

2.

Sachlichkeit?

Bei der Lektüre des Juniheftes von W. wurde mir wieder einmal ganz schmerzlich die tiefe Tragik bewußt, unter der wir im Bunde stehen, die ich in die Worte fassen möchte: Hat ein gegenseitiges Aussprechen über politische Fragen innerhalb unseres Bundes überhaupt noch einen Sinn? Oder liegt die Sache nicht vielmehr so, daß da eine Kluft ist, über die sich von hüben und drüben vergebens die Hände ausstrecken, weil am anderen Ufer der Freund steht, den meine Hand nur dann wieder erreicht, wenn es mir gelingt, durch einen gewagten Sprung über die Tiefe an seine Seite zu kommen. Ich bin nicht der Ansicht, daß wir seit Eberwalde die Frage „Bund und Politik“ je wieder zum Schweigen bringen können - jedenfalls aber nicht durch eine so harmlose Neutralität, wie wir sie besaßen, als das Wort von der „Volksgemeinschaft aus dem Geiste Jesu“ geprägt wurde. Aber mir scheint: Viel klarer noch müssen wir uns darüber sein, daß ein wirklich ernsthaftes Anpacken der politischen Fragen einfach die Existenz unseres Bundes in Frage stellt. Vergessen wir doch ja nicht, daß an der politischen Frage Gemeinschaften völlig oder nahezu zerbrochen sind, deren Lebensdauer bereits nach Jahrhunderten zählt (Kirche, Volksgemeinschaft). Sollte unser Bund wirklich stärker sein als diese?

Meine Zweifel hinsichtlich der „überparteilichen“ Tragfähigkeit unseres Bundes (wie jeder Gesinnungsgemeinschaft, die heute noch „überparteilich“ sein will) erwachten ganz stark, als ich Jörg Erbs Bemerkung las, daß es Aufgabe unseres Bundes sei, den Älteren den Blick für eine sachliche Betrachtung der politischen Gegenstände zu schulen, und ferner Jörg Erbs Forderung: Vieles könnte noch „entpolitisiert“ werden. Es gibt zweifellos eine ganze Reihe politischer und kultureller Einzelfragen, die derart vom Staub der politischen Tageskämpfe mit ihren Schlagworten, Einseitigkeiten und Entstellungen umnebelt sind, daß diejenigen, die ehrlichen Willens sind, sich eine klare Anschauung und ein sachliches Urteil zu bilden, einfach nicht dazu imstande sind. So war es z. B. bei dem Volksentscheid über die Fürstenabfindung, wo ich vergeblich nach einer sachlichen Darstellung der wirklichen Lage gesucht habe. Umso mehr wollen wir es begrüßen, wenn politische Einzelfragen in unserer Zeitschrift behandelt werden mit jener vornehmen Sachlichkeit, die wir in den Tageszeitungen oft so schmerzlich vermissen. Eine solche Sachlichkeit, die sich freihält von aller bewußten und leichfertigen Entstellung der Tatsachen, vor allem auch von einer Verächtlichmachung und Verunglimpfung des politischen Gegners, ist

ja im Grunde eine selbstverständliche (wenn auch leider nicht überflüssige) Forderung des allgemein menschlichen Anstandes, über die wir in unseren Reihen eigentlich kein Wort mehr zu verlieren brauchten.

Aber nicht bloß diese gewissermaßen „formale“ Sachlichkeit ist gemeint, wenn Jörg Erb im Namen der Sachlichkeit den Wunsch nach Entpolitisierung gewisser Gebiete des öffentlichen Lebens äußert und wenn er als eine Hauptaufgabe der Älteren im Bund bezeichnet: „Sich freihalten von den Blickrichtungen, die durch die Parteien ins Volk geworfen werden“ und „den Blick für eine sachliche Betrachtung der politischen Gegenstände zu schulen“. Hier eben setzen meine starken Zweifel ein. Ist es wirklich berechtigt, wenn man in dieser Weise „parteiliche Blickrichtung“ und „Sachlichkeit“ in einen grundsätzlichen Gegensatz bringt? Daß in unzähligen Einzelfällen leider die parteipolitische Einstellung zur Unfachlichkeit führt, darf m. E. die grundsätzliche Betrachtung nicht beeinflussen, um die es uns doch geht. Ich glaube, in dieser Beziehung kommt Anna Wolff dem wirklichen Sachverhalt doch bedeutend näher, wenn sie in die „Neutralität“ auf politischem Gebiete sehr starke Zweifel setzt und von vornherein annimmt, daß jeder, der sich über eine politische Frage äußert, von seiner parteipolitischen Grundhaltung aus die Dinge sieht und beurteilt, weil eben niemand so leicht aus seiner politischen Haut heraus kann (selbst wenn er es zu können meint). Die „Sachlichkeit“, zu der der Bund verpflichtet ist, wäre hiernach die, daß in seiner Mitte alle parteipolitischen Blickrichtungen die Möglichkeit haben, zu Worte zu kommen, mit Sachkenntnis die Fragen anzufassen und aneinander zu lernen. Hier freilich stehen wir unmittelbar vor seiner tiefen Tragik, die unsern Bund bis über die Grenze seiner Tragfähigkeit belastet. Je gehorsamer wir das Kreuz der Parteizerrissenheit, das unserm Volke auferlegt ist, mit auf uns nehmen, je weniger wir „neutral“ sind (weil wir es aus innerer Notwendigkeit nicht können), desto mehr gefährden wir die Existenz unseres Bundes. Nicht das ist das Bedenkliche, daß bei politischen Fragen die Geister aufeinander schlagen und nicht zur Einigung kommen. Solange noch auf anderen Gebieten (in religiösen, sittlichen und kulturellen Fragen) eine Gemeinsamkeit der Verständigung oder des Kampfes besteht, hat der Bund Kraft genug, seine Glieder auch trotz entgegengesetzter politischer Anschauung zusammen zu halten. Das Tragische aber ist, daß der Kreis dieser „neutralen“ Gebiete immer mehr zusammenschmilzt, je tapferer und ehlicher jeder den Weg geht, den er von seiner politischen Entscheidung aus gehen muß. Und schließlich zeigt es sich, daß es kaum noch einen wesentlichen Punkt des öffentlichen Lebens gibt, in welchem wir uns wirklich noch mit dem Herzen verstehen. Wo bleibt dann der Bund? Gustav Rauterberg.

3.

Bindung.

Die radikalen Flügel rennen mit allen Mitteln gegen den Staat an. Der Wille zur sachlichen Prüfung, zur gründlichen Schulung, zur eigenen Verantwortung, zur Einigung wird ausgerottet. Die Flügel haben den größten Zulauf an jungen Menschen; auch aus unserem Bund! Da muß dem Bundesvolk die Lösung ins Gewissen gegeben sein: Ihr dürft euch nicht mitreißeln lassen; ihr müßt prüfen, ihr seid selbst verantwortlich, ihr dürft nicht blindlings glauben, nicht gehorchen ohne zu fragen. Ihr steht in eigener Verantwortung! Sachlichkeit ist mehr als eine ästhetische Angelegenheit, mehr als eine selbstverständliche Forderung allgemein menschlichen Anstandes. Ach, daß wir kein Wort darüber zu verlieren brauchten! Aber es ist heute notwendig, daß die ganze Führerschaft des Bundes dieser Forderung zur Sachlichkeit und Verantwortlichkeit die Stimme leiht. Also: „formale“ Sachlichkeit. Das ist schon sehr viel.

Wer will leugnen, daß „Sachlichkeit“ und „parteiliche Blickrichtung“ Gegensätze bedeuten? Bestimmte Sachlichkeit, die Handlungsweise, die Abstimmungen, oder war es die Parteitaktik? Die Parteien haben das ihnen entgegengebrachte Vertrauenskapital nicht deshalb verwirkt, weil sie aus der parteipolitischen Grundhaltung heraus gehandelt haben, sondern weil sie diese Grundhaltung mehr oder weniger preisgegeben und nach taktischen Gründen gehandelt haben. Wir wissen sehr wohl, daß verschiedene politische Grundvorstellungen im Staate wirken

müssen, das beharrende, konservative Element und das vorwärtsdrängende, fortschrittliche Element - Würfel und Kugel - unter diesen Bildern hat sie Goethe schon aufgezeigt. Aus solcher Grundeinstellung kommt man zu verschiedener Stellungnahme und Beurteilung. Das ist kein Anglied, das ist eine Notwendigkeit; diese lebendigen Gegensätze sind zu tragen. Man muß um sie wissen, muß sie befehen, um einen gerechten Ausgleich zwingen. Diese beiden Grundkräfte wirken ja in jedem einzelnen Menschen.

Die Existenz des Bundes aber ist nicht damit gewährleistet, daß wir in möglichst vielen Dingen gleicher Meinung sind. Das wäre höchstens die Voraussetzung für eine Fusion. Bund ist mehr als eine Summe gleicher Meinungen, ist mehr als Fusion, Zusammenzählen von Ähnlichem. Was uns bündet, ist etwas Hintergründiges, das sich mit Wort und Zahl nicht ohne weiteres darstellen läßt. Das Wort Haltung ist nur eine Andeutung dafür. Wo wir lebendig in dieser Kraft stehen, da können die Meinungen über Einzel Dinge ruhig auseinandergehen, darunter leidet der Bund nicht. Fast will es scheinen, die konservative Partei sei „Bund“ und wisse um die Grundlage eines Bundes, wenn sie schreibt: „Wir verlangen von unsern Abgeordneten den Mut und gewähren ihnen die Freiheit der eigenen Verantwortung, weil wir der gemeinsamen Grundlage vertrauen, auf der wir stehen“. Das ist für diese Partei der deutsche Konfessionsmus. Das ist für unsern Bund unsere evangelische Haltung, die auch unsere politische Entscheidung immer wieder richten muß.

Jörg Erb.

Umschau.

Winterlehrgang für Mädchen im Volkshochschulheim Hohenfolms.

Anfang November d. Jo. beginnt in der Heimvolkshochschule Hohenfolms wieder ein dreimonatiger Lehrgang für junge Mädchen im Alter von 17 bis 25 Jahren, der bis Ende Januar n. Jo. läuft. Wie bisher wird auch dieser Lehrgang geistige und praktische Arbeit umfassen. Unterrichtsgebiete sind: Lebens- und Weltanschauungstunde, Erziehungslehre, Frauenfragen, Geschichte, deutsche Sprache und Dichtung, Kunstbetrachtung; Hauswirtschaft (Kochen und Anleitung in allen Hausarbeiten) und Handarbeiten (Weiß- und Kleidernähen, Kunstgewerbliche Arbeiten). In den Gesamtlehrgang fügt sich ein 10 tägiger Kranken- und Säuglingspflegekursus unter Leitung einer Schwester einer freiwilligen Arbeitsgemeinschaft, Lese-, Spiel- und Singabende ergänzen die Unterrichtsarbeit. Anmeldungen und Anfragen richtet man möglichst zeitig an die Heimvolkshochschule Hohenfolms (Post Wehlar-Land).

Laienführerkursus der Apologetischen Centrale in Spandau-Johannesstift vom 8. bis 27. September 1930 zur theoretischen und praktischen Ausbildung von Laienkräften in wichtigen Fragen des Glaubens und der Weltanschauung. 14 tägiger Sammelkursus und anschließend ein 8 tägiger Lehrgang für Fortgeschrittene. Nähere Auskunft bei der **Apologetischen Centrale, Spandau-Johannesstift, Comeniushaus.**

Zum dritten Reichslager hatte der Bund in diesem Jahre vom 6. bis 13. Juli auf Rügen eingeladen. Es war in erster Linie für die nord- und ostdeutschen Jungmannschaften bestimmt. Die 167 Jungen kamen aus 20 Städten, in der Hauptsache aus Schlessen, Hamburg und Niedersachsen. Lagerort: Westküste von Rügen, Halbinsel Bug. Unter den Teilnehmern befanden sich zehn dänische Jungens.

Die Lebensformen der Jungenschaft sehen sich mehr und mehr durch. Demgemäß ist über die Tageseinteilung kaum viel zu sagen. Morgenlied und Nachtwache, Gymnastik, Morgenfeier, Flaggenaufzug, Kaffee, Spiel, Sport, Besprechung, Vortrag, Singen im Chor, Musikstunde gaben dem Lager den inneren Rhythmus. Geländespiel, Ausfahrt auf die Nachbarinsel Hiddensee, musikalische Abendfeier mit dem Gesamtlager und der Gemeinde Wiek auf Rügen in der

alten Kirche in Wiest, Schlufffeier und Feuer sowie gemeinsame Heimfahrt - dies alles waren besondere Höhepunkte.

Grunderkenntnis bei unseren Aussprachen: Jungenschaft innerhalb eines Bundes hat nur dann einen inneren Sinn, wenn sie ihr eigenes ausgeprägtes Wesen in den Dienst des Gesamtbundes stellt. Überhebung und Hochmut sind dauernde Gefahrenquellen einer echten Jungenschaft. Sie würden das Segenteil von dem herbeiführen, was jede wirkliche Jungenschaft will: ein Sandkörn sein im Bau einer neuen wirklichen Volks- und Völkergemeinschaft.

Willi Obländer.

In diesen Tagen ist es zehn Jahre her, seit die Volksabstimmung in dem ehemals westpreussischen Teilen der jetzigen Provinz Ostpreußen und in Masuren mit einem deutschen Siege endete, der kaum zu übertreffen war. In dem ehemals westpreussischen Teil stimmten 92 Prozent der Bevölkerung für Deutschland, in Masuren sogar 98 Prozent. Am fortreisendsten war bei diesem Siege der Strom der heimatstreuen Ost- und Westpreußen, die ins übrige Reich ausgewandert waren und nur zur Abstimmung an ihre Geburtsorte zurückkehrten.

Man hat die Abstimmung damals mit allen möglichen Mitteln zu erschweren versucht. Die Abstimmunggebiete waren von fremden Truppen besetzt. Die Polen hatten sich kurz zuvor schon in den Besitz des Korridors gesetzt und versperrten einfach die Bahnlinien für den Transport der Abstimmungsberechtigten aus dem Reiche nach Ostpreußen. Die deutsche Handelsflotte war damals bis auf wenige kleine Schiffe den Segnern ausgeliefert worden. Das Versailler Diktat hatte uns auch nicht einen einzigen größeren Passagierdampfer gelassen. Ausländische Reedereien, bei denen man anfragte, ob sie den Transport von Abstimmungsberechtigten nach Ostpreußen übernehmen wollten, winkten unter dem Druck der Segner ab. Ein einziges, vielleicht 300 t großes dänisches Schiff war die einzige Ausnahme dieser Aktion.

Damals war gerade der „Seedienst Ostpreußen“ in Gang gekommen, der eine Seeverbindung zwischen Swinemünde und Pillau schuf und damit die polnische Eisenbahnsperre auf dem Seewege überbrückte. Dieser Seedienst wurde mit allen Mitteln verstärkt. Hafendampfer aus Wilhelmshaven, Rostock und Danzig, kleine Schiffe von der Unterelbe, einige notdürftig ausgestattete Frachtdampfer wurden herangezogen. Die Eisenbahnfähren der Linien von Sahnitz nach Schweden und von Warnemünde nach Dänemark wurden in den Dienst der Abstimmungstransporte gestellt. Es waren damals die größten Schiffe der deutschen Handelsflotte. Als das alles trotz stärkster Befehung der Schiffe nicht ausreichte, mußten selbst Torpedoboote eingesetzt werden, auf die man einfache Holzbänke gesetzt hatte, um Hunderte von Menschen von Stolpmünde nach Pillau zu bringen.

Der Erfolg lohnte die Mühe. 90.000 Abstimmungsberechtigte wurden mit diesen primitiven Mitteln in wenigen Tagen nach Ostpreußen geschafft.

Die Abstimmunggebiete hätten auch ohne die Brüder aus dem Reiche sich überwältigend für Deutschland entschieden. Aber diese Heimkehr der Westwanderer in die Ostmark war ein gewaltiges Sinnbild der Lebensströme, die zwischen dem deutschen Osten und dem deutschen Westen pulsierten.

Nach wie vor steht die ganze Arbeit des Ludwigsteins unter dem Gedanken der Verpflichtung gegenüber den im Weltkrieg gefallenen Wandervogelkameraden, daß die Burg ein lebendiges Erinnerungsmal sei, dienend dem Neuen und Aufbau. Sie ist als Jugendherberge gedacht, soll aber in erster Linie allen Bänden für größere Tagungen und Arbeitstreffen zur Verfügung stehen.

An die gesamte Jugend wenden wir uns mit dem eindringlichen Ruf zur Mitarbeit. Besucht den Ludwigstein auf Euren Fahrten und tretet dem Verein „Jugendburg Ludwigstein e. V.“ bei. Anfragen erledigt gern die Geschäftsführung auf dem Ludwigstein in Werleshausen a. Werra.

Erwähnen möchten wir noch, daß auf der letzten Hauptversammlung ein neuer Vorstand gewählt worden ist. Erster Vorsitzender: Gerhard Krause, Hannover-Ricklingen (Bund der Wandervögel und Kronacher). Geschäftsführer: Wolf Blank (Dresdener Freischar).

Jugendburg Ludwigstein.

Buch und Bild.

Die Blockflöte.

Ich wollte schon immer ein Blasinstrument spielen, eine Trompete oder Flöte. Schließlich ließ ich mir eine Trommelfeife kommen, weil sie nicht teuer war. Aber ich brachte keinen Ton heraus. Die Löcher konnte ich schließen, aber es fehlte am Anfaß. Nur bei Kruppenspielen während des Hintergrund her eine Geige sich zogend hören ließ, die Zuschauer lieblich täuschend.

Und nun gab es Blockflöten, die sollten leicht zu spielen sein. Wenn man eine hätte, könnte man es damit ja einmal versuchen. Und eines Tages war sie da, ohne daß ich sie eigentlich bestellt hatte, eine wunderschöne und was wichtiger ist, wunderfeine d-Mifflöte. - Aber das wußte ich damals noch nicht. Ich schlug also die Geiffabelle auf und fing an. Erster Ton d, also damit geht es los. Sämtliche Löcher zu! Nun ließe sich über meine Hände schon etwas sagen, klein sind sie auf keinen Fall. Ich setzte die Finger, drückte, klaubte, rückte, aber wo ich ein Loch glücklich zugebracht hatte, gab es irgend anderwärts Luft. Seufzend legt er die Flöte beiseite. Das Blockflötenpiel ist halt auch schwer und will gelernt sein. Dort hast du das Blasen nicht kopiert, hier driegst du mit deinen Praxen die Löcher nicht zu. - Und wie Gewitterwolken zogen Minkos heran, drückend schwer. Gut, daß man Kinder hat, die wollten natürlich die neue Musik hören. Sie verhinderten, daß die Trommelfeife in der Truhe Gesellschaft bekam. Da hab ich denn einmal vorn angefangen, erst gelesen und dann geblasen - und siehe, es ging. Gleich hatte ich einen ganzen Quintumfang, der war mit einer Hand zu spielen, und was konnte man damit schon alles spielen! Viel mehr als in der Blockflötenhule stand! Also frei drauflos gespielt, eine Weile nach der anderen. Beim Mittagessen zwischen Suppe und Gemüse stets Blockflötenspiel. Jetzt wurde auch die rechte Hand herangezogen, der Tonumfang nach unten erweitert, das hielt etwas länger an. Bis erst die Töne gefunden waren. Aber je tiefer, desto schöner und voller waren sie. Welche Freude, wenn dann die Finger gesetzt waren und die Töne wirklich kamen. Das Instrument wuchs mir wirklich an den Mund hin - und das Gemüse brauchte manchmal nicht mehr geblasen werden. Und am Abend gingen die Kinder gern zu Bett, denn der Vater mußte mit der Flöte kommen und das Schloßlied spielen, nein gleich ein halbes Dutzend von denen, die in unserem Schulhaus klingen und ihm eigen sind:

Der helle Tag geht müd zu End,
Schlafen wolln wir gehn.
Nun falten wir noch fromm die Händ,
Gott zur Ehr geknehn.
Seine Engel steigen nieder,
Singen uns im Traume Lieder
In der stillen Nacht. -

Auch vorhin mußte ich antreten, sie ließen nicht Ruhe, und wer könnte widerstehen. Und welches Instrument klinge schöner, ruhiger, gehaltener durch die dämmerige Stube als die Blockflöte. -

Ich wünschte jedem eine Blockflöte. Die Freude an ihr brauch ich nicht dazu zu wünschen, die kommt von selbst. Und mehr als die Freude hätte er. Vieles, was wir beim Singen den jungen Menschen vermitteln möchten, geht ihnen beim Blockflötenpiel auf. Der Ton der Blockflöte ist sachlich. Er läßt sich nicht verbiegen, Sentimentalität wie Pathos gehen ihr völlig ab. Selbst die Tonstärke läßt nur geringe Steigerungen zu. Ihr Ton ist gehalten, ohne Ausdringlichkeit, voll Sammlung. Er ist nicht weichlich, aber zart. Er ist unmittelbar vom Menschen erzeugt, daß man ihm letzte Prägung und Geladenheit mitgeben kann, fast wie dem Tone, der der Kehle entströmt, und ist doch zugleich objektiv - menschlicher Färbung entrückt, daß er zum Hören zwingt durch seine stille Kraft. -

Wir sind einmal im Zug gefahren. Die Buben und Mädchen sangen. Einer spielte dazu die bekannte Hohner Mundharmonika. Es war ein tonloses, blechernes, oberflächliches Singen.

Da hab ich meine Flöte ausgepackt und hab mitgeblasen und sofort war es ein anderes Singen. - Ihr versteht, warum ich euch die Blockflöte wünsche. Wenn die Buben im Stimmbruch stehen, müssen sie ihre Stimme schonen, dürfen vielleicht eine Zeilang überhaupt nicht singen. Da soll man ihnen die Flöte in die Hand geben. Da haben sie mehr als musikalischen Zeitvertreib. Es ist wirklich ein Unterschied, ob man Blockflöte oder Mundharmonika spielt. Muß man das beweisen? Blockflötenspiel kommt wohl von allem Instrumentenspiel dem Singen am nächsten. - Aber nicht die Jungen allein, auch die Mädchen dürfen blasen, Mathilde Hohbach wird gewiß nicht dagegen einwenden, daß das etwa den Mädchen nicht wohl anstünde - ich glaube, sie bläst selber. - Und ich kenne ältere Menschen, die können nicht singen und haben kein Instrument gespielt, und sind auf einmal nicht mehr Stiefkinder der Frau Musik, denn sie spielen die Blockflöte und sind glücklich über den Reichtum, der ihnen damit geworden ist.

Ich kenne einige ganz Schlaue, die legen ihren berühmten Zeigefinger an die Nase: Blockflötenspiel ist Mode; auch diese Welle wird vorübergehen. Gewiß haben sie recht, aber die Mode hilft bisweilen auch dem Guten obenauf - und was hier gesagt wird, ist aus eigener Erfahrung gesagt und bleibt bestehen, Mode hin, Mode her. - Blockflötenspiel ist nicht schwer, zumal an Hand der Blockflötenschule von Waldemar Woehl (Bärenreiter-Verlag). Von Anfang an wird da musiziert; unersiehens lernt man spielen. 190 Spielstücke, Tänze und Lieder stehen in diesem Werk. - Alle Liederbücher kann man ausspielen - alles was man auswendig singen kann, kann man auch bald spielen. Sehr schön ist auch das Zusammenspiel der Flöten. Auch dafür bieten die Liederbücher Material. Im Bärenreiter-Verlag erscheint außerdem „Spielmusik für Blockflöten“. Erschienen ist Heft 1 und 2, je 1.80 RM.

Aber zum Spielen braucht man eine Flöte, das hätte ich fast vergessen. Es gibt Sopran-, Alt-, Tenor- und Bassflöten. Für den Anfang und für das Einzelspiel rate ich zur Alt-D-Flöte. Sie kostet, je nach der Holzart, 20.- bis 24.- RM. Die Sopranflöte eignet sich mehr zum Spiel im Freien, beim Marschieren und Tanzen. Sie kostet 15.- bis 18.- RM.; ich wünsche mir zu meiner Mißflöte noch eine Tenorflöte; aber die kostet 50.- RM.

Die Blockflöte kann ein Volksinstrument werden; sie ist schon im Bund daheim. Auf der Bundesratsfreizeit in der Klausenmühle hab ich einmal mit dem Bundeswart zusammen gespielt, und in wenig Minuten war eine volle Reichsmark im Musikantenhut eingesammelt. - Wenn aber die Blockflöte ein Volksinstrument wird, dann wird sie viel beitragen zur musikalischen Erziehung und Erneuerung unseres Volkes. Jörg Erb.

DIE ECKE.

Die Verspätung dieses Heftes geht auf das Konto der Darmstädter Bundestagung. Davon wird das nächste Heft berichten. Es erscheint als das Tagungsbuch in stark erweiterter Umfang als Doppelheft unserer Zeitschrift am 1. Oktober. Zahlreiche Bilder sollen neben den Reden und Berichten ein Bild der Tagung vermitteln. Wir bitten um Zufassung guter Aufnahmen an die Bundeskanzlei. Einstweilen bitte ich mit diesem Heft vorlieb zu nehmen. Der Bericht „Junge Generation“ hat übrigens in Darmstadt bei den Beratungen über die Gliederung des Bundes Bedeutung gehabt; er ist eine Vorbereitung auf das Tagungsheft.

Daß ich entgegen bisheriger Gepflogenheit meine persönliche Entscheidung mitteile, geschieht nicht darum, um einen Druck auszuüben. Ich wollte nur selber sagen, was manche Leser vermutet haben würden. Es erscheint auch erwünscht oder nötig zur rechten Beurteilung der Arbeit. Daß der Staatspartei breiterer Raum eingeräumt ist, geschah nicht deswegen, weil ich ihre besondere Bedeutung zumesse, sondern weil sie als eine die Junge Generation fördernde Neugründung in unser Reihe „Neuaufbruch im politischen Leben“ gehört, in der die Volkserkennervative Vereinigung, der Christlich-soziale Volksdienst und die Volksmationale Reichsvereinigung behandelt wurden. Das sei gesagt, um Mißverständnissen vorzubeugen. Wir wollen es auch noch einmal unterstreichen: Die Aufsätze zu dieser Frage wollen niemand bestimmen, sie sollen aber zu eigener Entscheidung Anstoß geben, wo es dessen bedarf. Jörg Erb.

Plan für den „Lehrgang für Evangelische Jugendführung“ in Göttingen

Montag, den 27. Oktober, abends 8.15 Uhr:

Vortrag von Prof. D. Dr. Stählin-Münster „Kirche als Erziehungsgemeinschaft“.

Dienstag, den 28. Oktober

Vorm. 9 Uhr: Aussprache über den Vortrag von Prof. D. Dr. Stählin-Münster.

Vorm. 10.30 Uhr: Vortrag von Prof. Lic. Schaffst-Kassel „Jugend und Gemeinde“.

Mittags 12 Uhr: Gästeversammlung.

Nachm. 3 Uhr: Aussprache über den Vortrag von Prof. Lic. Schaffst.

Nachm. 5 Uhr: Vortrag von Jugendpfleger Kurt Vogberg-Hamburg „Praktische Jugendarbeit“. Aussprache.

Abends: Spiele und gemeinsames Singen.

Mittwoch, den 29. Oktober

Vorm. 9 Uhr: Pfarrer Nenninger-Gräfenthal über „Bedeutung der Laienspiele für die Evangelische Jugendführung“. Aussprache.

Nachm. 3 Uhr: Vortrag von Bezirksjugendpflegerin Mathilde Rohrbach-Kassel über „Aufgaben der Mädchenführung der Gegenwart“. Aussprache.

Die Vorträge finden statt im Jugendheim, Hospitalstraße 1. Am Montag und Dienstag abend finden Abendfeiern nach Verneuhener Ordnung um 10 Uhr, am Dienstag und Mittwoch morgen um 8.30 Uhr Morgenfeiern nach Verneuhener Ordnung in der Universitätskirche statt.

Es wird die Möglichkeit zu gemeinsamem Mittag- und Abendessen gegeben. Der Tagungsbeitrag beträgt RM. 8.- einschließlich Verpflegung am Dienstag mittag, Dienstag abend und Mittwoch mittag.

Ob Prof. H. Schaffst endgültig seinen Vortrag halten kann, ist noch nicht bestimmt. Es erfolgt eine rechtzeitige Benachrichtigung, ob er oder wer sonst an seiner Stelle sprechen wird.

Die Anmeldungen gehen nach **Göttingen, Postfach 204, Bund Deutscher Jugendvereine**.

Es wird gebeten, mitzubringen: „Was singet und klinget“, „Das Gebet der Tageszeiten“ und nach Möglichkeit „Morgen- und Abendsied“ (Bärenreiterverlag).

Mit der Tagung ist eine Ausstellung verbunden, die von der Handweberei Westerborg und von der Buchverlagsstelle des BDF. veranstaltet wird.

Der

Neuwerk-Kalender 1931

erscheint soeben

Sammelbestellungen erhalten Vorzugspreis durch die **Bundesgeschäftsstelle Göttingen, Postfach 204**

Das Schülerheim Friedrichstift in Heidelberg nimmt ev. junge Mädchen über 18 Jahre als Helferinnen auf, die dort ein Haushaltslehrejahr schlücht um schlücht zubringen wollen. Wer Interesse hat, der wende sich mit Rückportoanlage um Prospekt an

Frau Pfarrer Kamp, Friedrichstift, Heidelberg, Bergstraße 106

Hast Du schon die „Bundesgeschichte“ bestellt?

Subskriptionspreis geh. 2.70 RM., geb. 3.80 RM.

Zu beziehen durch die **Bundesgeschäftsstelle, Göttingen, Postfach 204.**

Aber

Darmstadt

berichtet „Unser Bund“, Ausgabe Sept./Okt.
(Erscheint am 1. Oktober.)

Vorbestellungen wie deine anderen Buchbestellungen sende an die

Geschäftsstelle des B D J., Göttingen

P o s t f a c h 2 0 4

B D J.-Mädel, 20 Jahre, welches auf der Westerbürg den Haushalt erlernt und sich darin vervollkommen möchte, sucht zum 15. 3. 31

Stellung

In einfachen netten, wenn möglich Stiefener B D J.-Haushalt. Ev. wöchentlich einen freien Nachm. u. alle 14 Tage einen freien Sonntag. Taschengeld erwünscht.

Zuschriften unter K. K. an B D J., Göttingen, Postfach 204.

B D J.-Mädel, 23 Jahre, sucht

Stelle

im Haushalt, ev. als **Säuglings- und Kleinkinderpflegerin**, wenn möglich in einem Ort, in dem sich B D J.-Gruppe befindet.

Zuschriften unter M. D. an B D J., Göttingen, Postfach 204

Alterenfreizeit im Waldheim am Brahmsee (Schlesw.-Holst.) Anfang November. Näheres durch die Kanzlei des B D J., Göttingen.

Druck: Martin Sch. Emb. Göttingen.